

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1916 Nr. 108

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 209

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 4. März 1916

Wegungsbüro für Halle und Provinz a. M. Durch die Post bezogen 2.35 Mk. für das Vierteljahr, monatlich 1.00 Mk. Die halbjährige Zahlung erfordert nachträglich postfreie - Correkte-Zustellung. Halbjährige Correkte (inkl. Postzuschuss) 5.00. Unterhaltungsbeitrag (Sonnabendblatt), Sonntags-Beilagen, Abz. Werbebeilagen, Schiffscheine, Prospektblätter, Anzeigenblätter (für die junge Welt).

Wegungsbüro für die halbjährliche Monatszeitung über dem Raum für Halle und den Großteil des Provinz, außerdem in Wernigerunde - Wernigerunde ein Geschäft bei reaktionären Zeiten. Die halbjährliche Monatszeitung über dem Raum für Halle (Sonder) und bei allen bekannten Anzeigengebühren.

Verkaufsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/63
Telefon 1108 u. 1109. Fernruf der Schreibleitung 810
Gesamthausleiter: L. S. Dr. Müllers, Halle (Saale)

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30
Telefon Amt Kurfürst Nr. 6280
Druck und Verlag von Otto Ehrig, Halle (Saale)

Wilson's verhängnisvolle Politik

Wohin treibt Wilson?

Washington, 3. März. (Uebersetzung des New-Yorker Times.) Es ist eine Frage, die man sich nicht ohne Bedenken stellen darf, welche die von Woodrow Wilson ausgesprochenen Angriffe auf die Demokratie sind. In der Erklärung wird mitgeteilt, daß einer der demokratischen Führer bei der Konferenz im Weißen Hause Wilson fragte, was die wahre politische Haltung eines amerikanischen Engländers gegen Deutschland sein würde. Wilson antwortete darauf, daß es dazu beitragen würde, den Krieg zu verkürzen. Es wird aber verneint, daß Wilson den Wunsch ausgesprochen habe, die Vereinigten Staaten am Krieg teilzunehmen, um ihn abzukürzen. Staatssekretär Lansing deutete an, daß die Vereinigten Staaten sich von dem Krieg nicht abmachen können, daß ein Interesse an infolge eines gebrochenen Friedens Anspruch auf größere Mäßigkeit beim Angreifen habe als irgend eine andere Klasse von Kriegsschiffen. Dem Staatsdepartement wurde mitgeteilt, daß in Berlin Gerüchte umliefen, daß fünf Schiffe des Kongresses gegen Wilson seien. Die amerikanischen Streitkräfte sind bekannt, um zu zeigen, bis zu welchem Grade Berlin falsch unterrichtet sei.

New York, 2. März. (Uebersetzung des New-Yorker Times.) Die politischen Vorgänge im Kongreß, die ein Bild zu machen einer Revolution, durch die die Vereinigten Staaten einen neuen Charakter annehmen, sind von dem Kongreß in der letzten Sitzung der letzten Woche ferngehalten, beherrschen aber den Tag.

Die „Associated Press“ berichtet aus Washington: Viele Kritiker des Republikanismus und einige Senatoren fürchten, es werde zu dem Zweck, die Amerikaner nicht von bewaffneten Handelschiffen fernzuhalten, werden, werden sie erregt und beunruhigt durch Nachrichten, wonach Wilson darauf bestünde, in keinem Punkte Deutschlands nachzugeben, selbst wenn dies zum Krieg führen sollte, wenn die Wilson erklärt habe, jeder weitere Angriff auf ein Schiff, wobei ein Amerikaner sein Leben verlieren würde unverzüglich das Gegenstück haben, die diplomatischen Beziehungen ernst zu gestalten.

Senator Gore erklärte: Es scheint mir, daß das Staatsrecht in vollem Maße auf seinen Felsen steht. Ich zweifle, daß Deutschland die Sicherheit der bewaffneten Handelschiffe gefährden wird. Ich glaube nicht, daß die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten einen Krieg mit Deutschland rechtfertigen würde auf Grund der Weigerung Deutschlands, das sichere Weite für solche Schiffe zu gewährleisten. Kanonen an Bord von Handelschiffen seien ein Verstoß gegen die Neutralität zu jeder Zeit, als Präsidenten und Häupter der Meere beherrschen. Es sei kein Opfer an nationaler Ehre, durch eine Warnung den Amerikanern zu verstehen zu geben, solche Schiffe zu vermeiden. Eine Möglichkeit, auf die unter anderen Umständen gemacht wurde, war, daß die ganze Frage auf einen Vorbehalt beschränkt werden könnte, daß der Kongreß seine Meinung dahin zum Ausdruck bringen, daß Amerikaner ihr Land nicht in die Gefahr eines Krieges bringen sollten, indem sie auf bewaffneten Schiffen reisen. Ein solcher Vorbehalt könne nicht als ein Aufgeben von Rechten angesehen werden.

Seine unerwartete Erklärung, in der er sich gegen jede Warnung äußert, bevor die durch den Präsidenten ausgesprochenen diplomatischen Verhandlungen erledigt wären.

Auf unbestimmte Zeit vertagt

Washington, 2. März. Seit in der Nacht einigten sich die Regierung und die Senatoren in einer Resolution mit den Republikanern dahin, die von Gore vorgeschlagene Resolution morgen zur Beschlußfassung zu bringen und nicht zu diskutieren, daß ein anderer Antrag an ihre Stelle gesetzt wurde.

Washington, 3. März. Der Senat hat den Antrag, die Beratung der Resolution Gore auf unbestimmte Zeit zu vertagen, mit 68 gegen 14 Stimmen angenommen.

Die Geheimanweisung für bewaffnete englische Handelschiffe

Berlin, 3. März. Nach einer gestern durch das Deutsche Bureau veröffentlichten Erklärung geht die englische Aufstellung aus, daß die bewaffneten Handelschiffe, die gegenwärtig andere Kriegsschiffe nicht feuern dürfen, außer zur Selbstverteidigung. Die deutsche Seehydrographie aus den, auf dem Namen englischen Schiffen gefundenen Schriftstücken, daß dem bewaffneten Handelsschiffen, die Offensiv zu ergreifen, ist falsch.

Diese Erklärung ist in der Tat eine neue, die bewaffnete Regierung hat die auf englischen Schiffen gefundenen Zeichnungen in photographischer Wiedergabe ihrer Denkschrift beigefügt, so daß sich jeder Aufbahrung sein Urteil selbst bilden kann. Aus dem deutschen Material geht der wahre Charakter der Angelegenheit nur zu Bestätigungszwecken hervor. Die bewaffneten Handelschiffe sind ein Verstoß gegen die Neutralität, und es ist nicht zu erwarten, daß die englische Regierung sich durch die Geheimanweisung der Weigerung gefordert wurde. Der österreichische Punkt der Weigerung war die militärische Stellung der Schiffsmannschaften, daß es sich hier nicht um die frühere bühnliche Bewaffnung eines feindlichen Handelschiffes, sondern um die Bewaffnung der britischen Handelschiffe handelt. Die englische Regierung hat die bewaffnete Handelschiffe als feindliche Kriegsschiffe bezeichnet. Dem kommt, daß in den Zeichnungen ent-

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 3. März. Amtlich wird veröffentlicht 3. März: Auf allen drei Kriegsschauplätzen andauernd Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

berühmt gesagt ist, die Eröffnung des Feuers auf die deutschen Uferboote solle von der Besatzung im Hafen von Heligoland abhängen. Diese öffentlichen Versicherungen werden nicht dadurch bestärkt, daß sie sich in der Denkschrift selbst als befehlig bezeichnen. Aus zahlreichen Stellen unprovozierter Angriffe, wie sie in der Anlage 4 der deutschen Denkschrift zusammengefaßt sind, erhellt übrigens zur Genüge, daß die englischen Handelschiffe den Sinn der letzten erzielten Versicherungen sehr wohl verstehen können.

Eine zweite „Röwe“ im Kanal?

Wien, 3. März. Nach einer Meldung des „Zeit Journal“ aus London wurde im Kanal die Anwesenheit eines verhängnisvollen Schiffes, das die zweite „Röwe“ sein, Kunde gemeldet. Das Schiff habe mit großer Schnelligkeit westwärts gerichtete Verhaftungsmaschinen sein getroffen worden. Die englischen und französischen Kreuzer hätten Befehl, das Schiff zu zerstören.

Kritikiana, 1. März. „Vorges Handels Dampfer“ teilt mit: Der Dampfer „Moden“ wurde auf der Fahrt von Kritikiana nach England von einem Flieger bombardiert, welcher mehrere Bomben abwarf, ohne jedoch das Schiff zu beschädigen. (Wie wir am zugehörigen Stelle erfahren, hat ein deutsches Flugzeug nur zwei einwandfrei als englische Tankdampfer festgestellte Schiffe mit Bomben beworfen.)

Ein englischer Minensucher verent

London, 3. März. Nach einer amtlichen Meldung der Admiralität wurde der englische Minensucher „Rimula“, der sich auf einer Patrouillenfahrt befand, am 1. März im südlichen Mittelmeer torpediert und sank. Die Besatzung wurde bis auf drei Mann gerettet und in Port Said gelandet.

London, 3. März. „Lands“ meldet aus Bordeaux: Der französische Dampfer „Lalou“ wurde am 29. Februar auf der Fahrt nach Antwerpen verent. Sechs Personen werden vermisst.

Beschließung der Ostfront von Verdun?

Wien, 3. März. Wie die „Wasser Nationalzeitung“ meldet, hat die Beschließung der Festung Verdun aus schweren Aufhängern von der Ostseite am Mittwoch nachmittag begonnen.

Paris, 3. März. (Uebersetzung.) In den heutigen Betrachtungen der französischen Presse über die Kriegslage tritt bei den meisten Kritikern eine gewisse Besorgnis hervor. Inquiriten mit den bisherigen Gegenmaßnahmen schreibt A. P. Wilson im „Zeit Journal“. „Es ist bedauerlich, daß wir uns in Vorbereitung wie Verfolgung unserer Offensiven nicht ebenso vorzugehen verstanden, wie die Deutschen. Hierfür wird noch zurückkommen sein.“ Oberleutnant Bouffet hält im „Zeit Journal“ trotz der übertriebenen bisherigen Antritten, die kaum zu überstreifen seien, einen neuen Vorstoß für wahrnehmbar. Auch Roulet unterstreicht die Notwendigkeit, eine fruchtbarere Artillerie mit Munition zur Verfügung zu haben und sagt: „Wenn werden wir erst genug haben, wenn wir Überflüssig haben, darum müssen wir unermüdet und unermüdet arbeiten, bis der Überflut da ist.“

Paig meldet . . .

London, 2. März. General Paig meldet: „Die heute vormittag gezeigten vier die Schiffsgrößen bei dem Übergang im Kanal von Dover nach Calais, die wir am 14. März, verloren hatten, an und eroberten sie zurück. Die eroberten Schiffe sind einen kleinen durchgehenden Teil der ursprünglichen britischen Armee. Der Rest unterzogen einige Stunden später einen Gegenangriff, wurde aber zurückgeworfen. Die meisten 160 Gefangene, darunter 4 Offiziere. Minensucher, die aus den eroberten Schiffen ausgingen, wurden von uns gefolgt. Es herrscht heute auf beiden Seiten große Neutralität zwischen Deutschland und Dänemark.“

Ministerpräsident Radostawow über Bulgariens Gründe zum Kriege

Sofia, 3. März. In der Sobotra brühte Dr. D. Radostawow die Verteidigung des bulgarischen Volkes über die Verwirklichung der nationalen Bestrebungen aus und beschloß sich in der Kampflinie mit der Wiederlegung der Kritiken, welche die Führer der Opposition gegen die Regierungspolitik gerichtet hatten. Radostawow, welcher ein Gesicht fordert, in welchen nachgehenden werden soll, daß die Regierung alle Mittel erschöpfe, um den Krieg zu verhindern, hielt Monistholog entgegen, daß Radostawow kein Grund über die Unabhängigkeitserklärung veröffentlicht habe, welche unter seiner Regierung geschloß. Jetzt müsse man mutig und geduldig das Ende abwarten. Die Einigkeit, von der jeder spreche und die jeder wünsche, erfordere die Mitwirkung jedes Einzelnen, wenn nicht Bulgarien den schwersten Gefahren ausgesetzt werden sollte. Monistholog schloß: Jeder von uns ist vor allem Bulgarer, das ist die Gewähr eines glücklichen Endes.

Ministerpräsident Radostawow erwiderte auf die Ausführungen der oppositionellen Redner. Er gab zunächst seiner Freude über die gänzliche Veränderung Ausdruck, die in den Beziehungen der Opposition zur Regierung seit dem letzten Antritt eingetreten sei, als die oppositionellen Gruppen den gegen die Regierung gerichteten Angriff erachtet hätten, in welchem sie die beschuldigten das Land in ein Abenteuer führen zu wollen.

Seine Meinung, sagte Radostawow, diese Gruppen sein Selbstvertrauen, daß sie die äußere Politik des Landes billigen, was die Grundlage ist. Der Ministerpräsident gab sodann eine Darstellung der Ereignisse, welche zu dem bulgarischen Krieg geführt haben: Die Zusammenkunft von neuen türkischen Diskussionen, welche die Sicherheit der bulgarischen Grenzen bedrohen und die Drohne, die Beziehungen zu Österreich-Ungarn und Deutschland abbrechen und der Türkei den Krieg zu erklären. Auf alle diese Bedrohungen habe seine Regierung keine andere Antwort erteilen können, als die, welche das gegenwärtige Schicksal hat. Nachdem den freisinnigen Gruppen gehend, hätte Bulgarien nur den Wunsch gehabt, in der Neutralität weiter zu verharren, aber die durch den Ausbruch des Krieges geschaffene Lage und die Haltung der beiden führenden Parteien, denen jede Bulgarien Konkurrenz, wenn es nicht anders, nur unter der Bedingung verträglich, daß es am Kampfe teilnehme, hätten dem Lande eine andere Richtung vorgeschrieben. Dem Schicksal zu dieser, durch die Notwendigkeit angeordneten Lage finde man in der letzten Dinarische Konferenz, in der es gelang, daß man in diesem Angelegenheit keine weitere Entscheidung über andere Antworten erteilen können, als die, welche das gegenwärtige Schicksal hat. Nachdem den freisinnigen Gruppen gehend, hätte Bulgarien nur den Wunsch gehabt, in der Neutralität weiter zu verharren, aber die durch den Ausbruch des Krieges geschaffene Lage und die Haltung der beiden führenden Parteien, denen jede Bulgarien Konkurrenz, wenn es nicht anders, nur unter der Bedingung verträglich, daß es am Kampfe teilnehme, hätten dem Lande eine andere Richtung vorgeschrieben. Dem Schicksal zu dieser, durch die Notwendigkeit angeordneten Lage finde man in der letzten Dinarische Konferenz, in der es gelang, daß man in diesem Angelegenheit keine weitere Entscheidung über andere Antworten erteilen können, als die, welche das gegenwärtige Schicksal hat.

Ueher die Zukunft Serbiens und Montenegro erklärte Radostawow nichts sagen zu können. Radostawow, Ministerpräsident, ist unterhalten diese Staaten gute Beziehungen zu und die Opposition muss schließlich darauf hin, daß das jüngste türkisch-bulgarische Abkommen noch nicht von türkischen Parlamenten ratifiziert worden ist. Diese Vergrößerung erklärte Radostawow, kann keinen Grund bilden, Begründung besteht in der Nationalitätstheorie. Siderlich interessiert sich die Regierung für die künftigen Grenzen des Landes, aber sie treibt keine Eroberung an. Wir haben niemals daran gedacht, uns den Albanen aufzubauen.

Preussischer Landtag

Abgeordnetenhaus

Sitzung vom 3. März 1916.

Ami Regierungssitz: Dr. Freilich v. Schorlemer, Dr. Beiler.
Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Schwig eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.
In dritter Beratung wurden die Gesetzentwürfe über weitere Befähigungen zu Kriegsdienstverpflichtungen an Soldaten der Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Förderung der Auszubildenden ununterbrochen ohne Debatte angenommen.

Im der ersten Beratung des Entwurfs eines Fiskalgesetzes auf Grund der Beschlüsse des Herrenhauses führte Landtagspräsident Dr. Freilich v. Schorlemer aus: Der Gesetzentwurf ist dem Kaiser für Fremdlinge mehr, bereits im Frühjahr 1915 hat Ihre Kommission sich eingehend damit beschäftigt. Die damals getroffenen Änderungen fanden auch die Zustimmung der Staatsregierung, und die Geringfügigkeit der Änderungen durch das Herrenhaus läßt uns auch auf die Zustimmung dieses Hauses rechnen. Sie werden mir deshalb die Bitte nicht verzeihen, daß die frühere eingehende und erfolgreiche Bearbeitung durch dieses Haus durch eine wenn möglich unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs getrübt werde.

Auf Antrag des **Hrn. v. Walsahn (Kons.)** wurde der Gesetzentwurf ohne Debatte einer besonderen Kommission von 25 Mitgliedern überwiehen.

Der Gesetzentwurf betreffend Änderungen und Ergänzung einer Bestimmung der Generalvollstreckungsordnung vom 20. Januar 1876 wurde ohne Debatte in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Der Etat der Justizverwaltung wurde weiter beraten.

Hr. v. Delbrück (Kons.): Unsere Rechtspleie hat sich auch im weiteren Verlauf des Krieges wohl behauptet; mit den Schwierigkeiten ist auch die Fähigkeit, ihrer Herr zu werden, gewachsen. Die Erfahrungen dieses Krieges werden wohl die Form des Zivilprozesses fördern. Mit Freude ist es zu begrüßen, daß Staaten die leistungsfähigeren Verfahren begangen haben. Gelegenheiten gegeben wird, anstatt ihrer Schluß und Riegel zu legen, sich für das Material einzufügen. Die Kreisnotlage vieler unserer Beamten liegt uns allen am Herzen. Die Vorprüfungen geführten des Niveau der Leistungen der Justizbeamten nicht. Die Referendare, die jetzt im Felde stehen, verdienstlich mit der Verlängerung der Kriegsdauer ihr Dienstalter bedenklich, die vielen Schwierigkeiten und zahlreichen Opfer unter den Justizbeamten werden in die die Kriegsdauer einbringen, die einen verbessern, andere aber als in vielfach eine Stelle in einer Veränderung zu erwarten, und so kann ein Unterchied von mehreren Jahren herauskommen. Da ist Abhilfe dringend erforderlich. Die Justizbeamten sind jetzt ebenso belastet wie vorher, die Arbeitskräfte haben nach wie in der Kommission gewordenen Aufführungen, noch härter abgenommen, als die Arbeiten, und die im Lande verbleibenden Richter sind die Älteren und weniger Geübten. Daher verdienen

Verwaltung und Beamte unserer Zeit

bedürftig, daß der Betrieb sich ohne wesentliche Störung vollzieht; besonders diejenigen, die über das Maß haben arbeiten müssen, wie namentlich die mittleren Beamten. Im Namen meiner politischen Freunde und gewiß auch vieler anderer Mitglieder spreche ich Ihnen den Dank aus, (Beifall) Die Kriegsverordnungen haben gezeigt, daß das Fundament unserer Justiz auf dem Felsen der Gerechtigkeit ruht, das nicht getrocknet und schließlich in die Zukunft führt. (Beifall rechts).
Hr. v. Reinhard (Zit.): Die Kriegsverhältnisse machen Maßnahmen erforderlich, an die in Friedenszeiten kaum jemand gedacht hat. Geheißt und Personal bei den Justizbehörden, Rechtsanwältinnen und Notaren haben sehr erheblich abgenommen; von mittleren Beamten sind bei den Oberlandesgerichten 57, bei den Landgerichten 64, bei den Amtsgerichten nur 50 Prozent verblieben; das ist die Grenze des Möglichen. Diese Notverordnungen haben sich ganz vorzüglich bewährt. Es das administrative Maßnahmen und die Vermittlung einer Zahlungsfrist durch den Richter, die Ausdehnung der Zuständigkeit der Schöffengerichte und der Strafbefehl für gewisse Vergehen; wer aber Einkommen nicht richtig anzeigt, verdient es, in öffentlichen Gerichtsverfahren dafür belangt zu werden, nicht durch den verschwiegenen Strafbefehl. Der Not vieler Rechtsanwältinnen infolge des Krieges muß begegnet werden, denn die sind für die Justiz notwendig, und die Mangelheit hat Interesse an einem angelegenen Rechtsanwaltschaft. Unsere Rechtspleie hat vor dem Krieg auf der Höhe gestanden, hat sich während des Krieges demotiert und wird auch nachher auf der Höhe bleiben. (Beifall).

Justizminister Dr. Beiler: Die Regierung hat sich nach Kräften bemüht.

die ins Feld Gezogenen zu entlasten von allen Sorgen des täglichen Lebens; zu diesen Erleichterungen gehören auch die Notprüfungen. Die jungen Leute mußten sehr schnell zur Front, und da ist ihnen Gelegenheit geboten worden, die Prüfung in kürzester Zeit abzugeben. Mit der Zeit sind gewisse Regeln für Art und Umfang ihrer Prüfung aufgestellt worden. Diejenigen, die vor dem Feinde standen, konnten sich zur Prüfung auf kurze Zeit in die Heimat begeben; wer eine bestimmte Zeit, mit der Wehr abgedient hatte, wurde zur Notprüfung zugelassen, aber weiter zu gehen und auch die irgendeine bei den Militärbehörden Verwendeten zur Notprüfung zugelassen, erstehen nicht anging. Doch nicht so viel richterliche Arbeiten zu erledigen sind, wie im Frieden, ist selbstverständlich, aber auch aus dem Streifen der Richter ist eine große Anzahl gerade der Leistungsfähigsten ins Feld gezogen; die Zurückgebliebenen mußten vielfach ihnen fremde Geschäfte übernehmen und sich erst hineinarbeiten, namentlich in die große Fülle von Kriegsverordnungen. Sie haben sich mit voller Hingabe gefügt, und was sie zu leisten hatten und geleistet haben, hat Widerspruch auf öffentliche Anerkennung. (Zustimmung.) Ebenso aber haben die ins Feld Gezogenen Anspruch auf mögliche Erleichterung ihrer Familien, namentlich diejenigen, die infolge des Krieges ruftend dauernd Schaden leiden. Auch mein Ressort wird bestrebt sein, in diesen Fällen entgegenzukommen und einen Ausweg zu schaffen. Daß die Rechtsanwältinnen durch die Einziehung können finanziellen Schaden erleiden, ist richtig; ihnen sollten vier Stellen in der Heimat durch Ver-

treter offen gehalten und sie selbst möglichst ihrer Vorbildung entsprechend beschäftigt werden. Es ist ihnen der nötige Beistand geschickt worden und ein Ausweg für ihre Familien. Das Personal bei den Amtsgerichten soll künstlich vermehrt werden. Ich glaube, daß die Anwälte das Vertrauen ihrer Bezirke genießen, es mir aber die Wünsche wegen Geltung der Einigungsämter und nach neuen Schiedsrichtern jetzt erfüllen können, ist eine andere Frage, viel schwieriger als es auf den ersten Blick scheint.

Hr. v. Niemann (Nal.) dankte dem Minister wärmstens für seine Ausführungen hinsichtlich der im Felde stehenden Justizbeamten, und wünschte für die Richter eine Verfürgung der Justiz bis zum Ratistell, sowie mehr Strafbefehle und begrüßte es freudig, daß ein Teil der Kreisverordnungen zur Vereinfachung und Vereinfachung des Verfahrens im Frieden beibehalten werden soll. Für die Rechtsanwältinnen wünschte er eine Ausdehnung ihres Arbeitsfeldes, besonders in der freiwilligen Gerichtsbarkeit, durch Vermögensverwaltungen, Finanzaufstellungen, Steuerverordnungen usw. Er fand es ungemein erfreulich, wie die Generalvollstreckungsordnung mit ihren Erlassen so praktisch und rasch ins volle Menschenleben eingegriffen und viel Gutes schuf, hielt es aber für eine Überforderung der Romanogewalt, wenn sie für eine Überforderung der Arbeitskräfte zugunsten der Eltern oder der Ehepartner anordnete; vielleicht seien städtische Rechtsanwältinnen als Berater bei den Generalvollstreckungsämtern zu beschäftigen. Auch die Monita der Oberrechnungskammer griffen vielfach sehr tief in das richterliche Erweisen ein. Wegen die Forderung des Reiches, die bei Hypothekengläubiger, besonders für nachlassende Hypotheken, wünschte er Maßnahmen von Reichswesen, besonders einen Ausbau der Kriegsverordnung zugunsten des zweiten Hypothekengläubigers und Verdoppelung der Stundungsschriften für Hypothekencapitalien und -Zinsen und empfahl die Vollstreckbarkeit für Verleugere der Hypothekeneinigungsämter der Ermächtigung des Ministers.

Hr. Kanow (Hörsd.) sprach dem Justizminister für die Anregung der

Kaiserlichen Geburtstagsfeier von 1915 und 1916 Anerkennung aus, besonders für die Rückführung der Strafbefehle in die Vollstreckung nach einer Bewährungsfrist von zehn Jahren; vielen sei damit eine Angel am Fuße abgenommen. (Sehr richtig links.) Wie die Verbrechen und Vergehen, so müßten auch die Strafen verfallen; dieser Grundsatz diene auch die Rückführung der Strafbefehle in die Vollstreckung auf Gerichte Staatsanwaltschaften und höheren Verwaltungsbehörden. Neben besaßte einige Mitglieder vom Gericht und Staatsanwalt in der Rheinprovinz, frohte nach dem Stande der Ermäßigungen über

eine Reform des Auslieferungsgesetzes

und wünschte Ausdehnung der den Kriegsteilnehmern zugehenden Kautionsfreiheit. Er bemerkte, daß die stellvertretende Intendantur in Altona mit all ihren Befugnissen die ausschließliche Zuständigkeit der Hamburger Gerichte, also Ausschluß preussischer, vereinbart habe, und wünschte eine Mitteilung des Justizministers darüber an den Kriegsminister, den Vorgesetzten der Intendantur. Er fragte nach der Anzahl von Fideikommissbildungen in den letzten beiden Jahren und ihrer Mindergröße und bemängelte Ungleichheiten in der Zulassung von Fideikommissen aus anderen Staaten. Er sprach gegen das vorgeschlagene Abänderungsverfahren und das Sühneverfahren, gegen die Ausschließung der Verurteilung bei geringfügigen Delikten und gegen die weitere Geltung der Verordnung über Strafbefehle als seinen Einbruch, daß die alte deutsche Sanftmut im Abgeordnetenhaus wieder stärker hervorziehe, und wünschte, daß der Geist der Eintracht bei Ausarbeitung der künftigen Rechtsregeln walten möge. (Beifall links).

Minister Dr. Beiler: Die Vernehmungen vor der Staatsanwaltschaft im Vorverfahren haben in Groß-Berlin im allgemeinen zu günstigen Ergebnissen geführt; während des Krieges hat diese Sache natürlich etwas ruhen müssen. Die Frage der Vollstreckbarkeit für die Einigungsämter läßt sich wegen der vielfachen Kontingenzen noch nicht beantworten. Auf die Verleugung des **Hrn. Kanow** über das Strafmaß verschiedener Urteile kann ich keine Erklärung abgeben, da mir die Fälle nicht genau bekannt sind. Der Minister beantwortete eine Reihe von Fragen der **Hrn. Kanow** und **Niemann**, besonders über die Fideikommiss. Die Zulassung auswärtiger Rechtsanwältinnen müßte mit der größten Zurückhaltung behandelt werden, da sie ihr Einkommen nicht in Preußen gemacht hätten; was dem einen Recht sei, sei dem anderen billig. In der Verordnung über die Strafbefehle sei nur deren Anwendbarkeit ausgedehnt, aber nicht angeordnet worden, daß die einzelnen Strafbefehle höher sein sollen, als bisher.

Hr. v. Liebknecht (Soz.): Die Kriegswirkungen auf die Justizpleie und die Kriminalität sind mangel einer Statistik sehr schwer zu erkennen; eine solche müßte ersehen, daß den wirtschaftlichen Kriegsschäden nur abgeholfen werden kann, indem man die Wurzel des Kapitalismus abträgt. Neben ergaben sich weiter über die Wirkungen des Krieges auf Justiz, Kriminalität, Wirtschaft und Moral und wurde vom Präsidenten wiederholt zur Sache gerufen. Als Neben behauptete, die Regierung wüßte die Kriegsgefangenen, gegen ihr eigenes Vaterland zu kämpfen, vier Reichspräsident **Dr. v. Krause** ist unter großer Anwesenheit

wegen dieser unwürdigen Anwesenheit

zur Ordnung und machte ihn unter Verurteilung auf die Geschäftsordnung darauf aufmerksam, daß ihm das Wort entzogen werden könne. (Stürmischer Widerspruch bei den Soz.) Er schloß: Gegen das wirtschaftliche, moralische und politische Verfallenden werden die Völker einen heiligen Kampf führen.

Justizminister Dr. Beiler: Des **Hrn. v. Liebknecht**

stief Abweichung gegen alle staatlichen Einrichtungen kommt ja alljährlich bei der Staatsberatung zum Ausdruck. Er hat auch heute erkennen lassen, wie er über all das denkt, was wir hochhalten, und gerade auf dem entgegengesetzten Standpunkt steht, wie alle Patrioten, ich kann lazen, wie alle Deutschen. (Sehr richtig) Widerspruch bei den Soz.) für Kritik müssen wir ja dankbar sein. Sie gibt uns Gelegenheit zu prüfen, wo etwas in unserem Staatswesen zu bessern wäre. Aber wenn sie sich zu Beschimpfungen heigert, brauchen wir sie nicht gefallen zu lassen. Wenn der **Hrn. v. Liebknecht** bei seinen Ermwägungen so weit ginge, wenn er

gegen einen treuen Bundesgenossen unseres Vaterlandes schwere Vorwürfe schleuderte, dann muß ich im Namen der Regierung auf das energischste protestieren. (Beifälliger Beifall; Aufheben des **Hrn. v. Liebknecht** sich unterbreiten, einen Gnadenbittler zu kritisieren. Weis er denn nicht, daß dies Vorrecht der Krone seiner Kritik unterliegt? Ich muß also entschiedenen Protest dagegen einlegen. (Beifälliger Beifall.) Auf die anderen Ausführungen eingegangen, daran denke ich nicht. (Beifälliger Beifall, Unruhe bei den Soz.) Der **Hrn. v. Liebknecht** hat keine Kritik am Justizgesetz geübt, sondern eine Agitationsrede gehalten, die keine Antwort verdient. (Beifall).

Hr. v. Nissen (Zine) bemerkte sich über ein Verbot der dänischen Sprache, welches Rotare von der Mitwirkung an Generalberathungen von Aktiengesellschaften abgelehnt hätte.

Justizminister Dr. Beiler: Ohne nähere Kenntnis vom Inhalt des Landgerichtspräsidenten kann ich mich nicht darüber auslassen. Nebenfalls ist es

eine unrichtige Auffassung, daß jeder sich in Fällen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, wie bei Generalvollstreckungen, ohne weiteres einen anderen, als der deutschen Sprache, bedienen könnte.

Hr. v. Zampay (Soz.): Wir müssen nach der Erklärung des Ministers eine ähnliche Praxis in den politischen Landesstellen beibehalten, aber die Justiz soll absolutistisch sein und sich nur nach den Bedürfnissen der Bevölkerung richten; nichts mehr die Beamten verhorst, als unrichtige Behauptung der Generalverträge.

Justizminister Dr. Beiler: Wir haben dringenden Anlaß, alle Erörterungen gerade jetzt fernzuhalten.

Hr. v. Liebknecht (Soz.): In Österreich besteht in Bezug auf Abhebung politischer Delikte gerade ein Schredensregiment. (Beifälliger Widerspruch.) Dort ist kein Parlament und keine Tribüne, wo das ausgeprochen werden kann. (Stürmische Unterbrechungen. Zurufe: Wir sind hier in Preußen nicht weiterdenn! Zur Gabel! Woher sprach unter fortgesetztem Lärm und Schlußruf der Abgeordneten.)

Der Etat der Justizverwaltung wurde angenommen und die Etatsberatung auf Montag, den 6. März, 11 Uhr verlagert; außerdem Kriegsnachrichtengesetz.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Singelt macht stark

Zu neuen nordischen Zusammenkunft

Stockholm, 3. März. Zu der nordischen Neutralitätskonferenz in Kopenhagen schreibt „Dansk Tidning“:

Seit der Zusammenkunft in Malmö hat sich die Abhaltung der verschiedenen Kriegführenden für die Rechte der Neutralen verhält. Es ist klar, wie wichtig und zugleich wie schwer es ist, ungetrübte Neutralität zu gewährleisten und doch zu vermeiden, daß man in die Affären der einen oder der anderen Seite mitverwickelt wird. Das ist eine Abhaltung für die nordischen Staaten eine Stellung anzunehmen, die nach allen Seiten hin gleichen Widerstand leisten kann. „Dansk Tidning“ meint: Es dürfte überflüssig sein, besonders zu betonen, daß die Zusammenkunft keine Spitze nach irgend einer Seite hat, vielmehr erhebt es sich über das andere. Die Seite mit welchem man an die Deutungsbedeutung denkt, die sich an die Zusammenkunft in Malmö geknüpft haben. Besonders ist es zu begrüßen, daß der ersten Zusammenkunft in Schweden jetzt eine auf dem gleichen Boden folgt, und hierin ist ein Maßregeln zu erklären für die Aufrechterhaltung und Entwicklung des guten Einverständnisses und des bestenwilligen Zusammenwirkens zwischen den drei nordischen Reichen nach dem Grundsatz: Singelt macht stark.

Feindliche Kriegsschiffverluste

In einem jeden bei Ernst Siegfrid Witzler u. Sohn erschienenen, von Dr. Ludowig-Mittler herausgegebenen Band: „Die deutsche Kriegsschiff- und die fremden Seemächte 1916“. Ist eine Übersicht über die Verluste unserer Feinde an Kriegsschiffen, bis 31. Januar 1916 enthalten. Danach betragen die Verluste an feindlichen Kriegsschiffen: England 83 Schiffe mit 387 343 Tonnage, Frankreich 39 Schiffe mit 31 720 Tonnage, Italien 14 Schiffe mit 39 902 Tonnage, Japan 4 Schiffe mit 4610 Tonnage, Rußland 13 Schiffe mit 27 275 Tonnage; insgesamt 133 Schiffe mit 490 850 Tonnage. Vom Vergleich ist ersichtlich, daß die Gesamttonnage der deutschen Kriegsschiffe zu Beginn des Krieges 1 019 417 Tonnage betrug.

Die russischen Kriegsergebnisse

Petersburg, 3. März. Amtlicher Bericht vom 2. März: Westfront: Am Rengerde befohlen die Deutschen die Dörfer Sapawitz und Pagan mit Schiffgeschützen. Heber dem Abficht von Riga erschienen zahlreiche deutsche Flugzeuge, die Bomben abwarfen. In der Däne zwischen Ustsch und Eitenhof (18 Kilometer südlich Ustsch) warfen feindliche Flugzeuge ebenfalls einige Bomben ab. Am Abficht von Danaburg befohlen die Deutschen unsere Stellungen bei Alluz und in der Gegend der Eitenhof nach Konowitz mit Mienen von 4 Fuß Geschütz (65,2 Kilogramm). Die deutsche schwere Artillerie befohlen die Gegend bei Swentzen. Unter Artillerie erwiderte gegen Konowitz. Unter Artillerie zumart (21 Kilometer südlich Danaburg) eine wirksame Tätigkeit. Im Gelände an der mittleren Stupe verjagten die Deutschen sich unseren Verhandlungen zu nähern. Sie wurden jedesmal durch unsere Feuer zurückgeschoben.

Die russischen Kriegsergebnisse

gegen die Fronten. Die Truppen setzten ihnen Rückzug gegen die Fronten. Dort fand unsere Kavallerie vier von den Rücken verlassene Geschütze. Unter unserem Druck geht der Feind seinen Rückzug auf Wille fort. Wir besetzen Gost und das Kloster Gerogin, 10 West nordöstlich Wille.

Cadorna meldet . . .

Rom, 3. März. Amtlicher Bericht vom Donnerstag: Ein feiner nordischer Angriff bei Marter (Suganale) wurde zurückgeschoben. Unsere großkalibrige Artillerie befohlen mit Erfolg den Bahnhof von Zolaba. Auf der ganzen Front hat das feindliche Wetter verbunden mit Schneefällen in den höher gelegenen Teilen an. In einzelnen Stellen waren unsere Beobachtungen sehr, indem sie den Feind in seinen Gräben durch Beschießung und durch Bersten mit Bombengranaten befohlen. Die Artillerie formt: wichtige Punkte, darunter die Station von Coma Lucia (Lombardien) befohlen. Ein unserer Batterien genau fünf eine wichtige Stellung, eroberte ein überaus feines Feuer und befohlen wirksam Bomben und Interferenzen des Feindes auf den südöstlichen Höhen von Bogozzo. Cadorna.

Börsen- und Handelsteil

Devisenfurse
 Berlin, 3. März. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

Nem-Dorf	Gold	154 1/2	154 1/2
Holland	287 1/2	287 1/2	287 1/2
Dänemark	154 1/2	154 1/2	154 1/2
Schweden	154 1/2	154 1/2	154 1/2
Norwegen	154 1/2	154 1/2	154 1/2
Schwiz	106 1/2	106 1/2	106 1/2
Schweiz-Münzen	88 1/2	88 1/2	88 1/2
Rumänien	77 1/2	77 1/2	77 1/2
Bulgarien	77 1/2	77 1/2	77 1/2

Börsenstimmungsstil

Berlin, 3. März. Börsenstimmung machte sich heute für die in den letzten Tagen beobachteten Werte eine abnehmende und unzufriedenartige Geltung bemerkbar. Diese seien jedoch bald überwinden zu sein, denn für Oberösterreichische, Automobil- und Luftungewerke zeigte sich zu meist anziehenden Ausblicken. Die stärkere Abschwächung in der Hauptrolle spielen jedoch die ungenügende Rückstellungen einer Rolle. Sie erweisen sich unter den führenden Kapazitäten in G. & S. & Co. und. Mit den übrigen Marktgebieten hat sich nichts Wesentliches verändert.

Getreidebericht

Berlin, 3. März. Die Stimmung am Produktionsmarkt war fest. Zufuhren und Anpreisungen haben sich nicht verschlechtert, so daß die Nachfrage, die für einzelne Sorten, namentlich für Weizen, nicht vermindert werden konnte. Die Preise sind im allgemeinen nur wenig verändert. Weizen mehl blieb verhältnismäßig. Spezialmehl stellte sich etwas teurer. Weizen: Troaden. Der Getreidemarkt blieb ohne Notiz.

Letzte Telegramme

Zum Ableben der Königin-Witwe Elisabeth
 Bukarest, 3. März. Die Königin Witwe Elisabeth blieb bis zum letzten Augenblick bei vollem Bewußtsein. Sie mußte ganz genau, daß ihr Ende nahe. Am Mittwoch nachmittags wiederholte sie einige Mal: Ich sterbe, ich gehe zu meinem Gott. Die letzte Nacht verbrachte sie friedlich. Am 2 Uhr nachts trat eine Krise ein. Die Königin wurde durch Brustschmerz, Krämpfe und Schen aufgebracht. Um 8 1/2 Uhr morgens wiederholte sich die Krise. Diesmal jedoch war jede Hilfe vergebens. Das Kaiserpaar, sowie der Thronfolger verließen die ganze Nacht am Bett der Sterbenden.

Neue Stimmung in Rußland

Kopenhagen, 3. März. In der „Dobroje Wremja“ greift Prof. Wlenko die Rede Sazonows in der Duma an, die vollständig eine bestimmte Politik vermissen lasse. Der Verfasser macht sich ferner über Sazonows Ausspruch über das Kaiserthum Berlin lustig, worin seine ganze Weisheit beiläufig habe. Im „Kulowo Sowo“ wird betont, daß die Reden in der Duma keine gründende Kraft mehr besäßen. Die Regierung handele nach wie vor nach ihren früheren Grundsätzen. Die Nation erwarte jetzt aber Geringeres. „Im „Kulowo“ wird die neue Stimmung in der Duma festgehalten.

Staatsminister a. D. v. Koseritz

Dresden, 3. März. Der frühere anhaltische Staatsminister und Ehrenbürger der Stadt Dresden, Dr. von Koseritz, ist am 1. März in Gernrode gestorben.

(Wiederholt. Schon in einem Teil der gestrigen Nachmittags-Ausgabe enthalten.)

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 3. März 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz

Südlich von Ypern am Kanal brachen die Engländer in die Stellung „Nation“ ein, die wir ihnen am 14. Februar abgenommen hatten, und stießen sogar in schmaler Front bis zu unserem früheren vordersten Graben durch. Aus diesem wurden sie sofort wieder geworfen. In einzelnen Zellen der Nation halten sie sich noch.

Südlich des Kanals von La Bassée kam es im Anschlag an feindliche Sprengungen vor unserer Front zu heftigen Kämpfen.

In der Champagne steigerte die feindliche Artillerie ihr Feuer allmählich zu großer Heftigkeit.

Am 3. März wurde in der Gegend von La Châlade in den Ardennen wurde ein französischer Zirkonit leicht abgeworfen.

Auf den Höhen östlich der Maas änderten wir nach heftiger Artillerieüberbereitung das Dorf Douaumont und lösten unsere Truppen westlich und südlich des Dorfes sowie der Kanzerette in günstigeren Stellungen vor. Ueber 1000 Gefangene und sechs schwere Geschütze wurden eingebracht.

Unsere Krieger besetzten im Stellungsbereich von Verdun französische Truppen erfolgreich mit Bomben. — Leutnant Kammann ist schon seit dem Donau sein neuntes feindliches Flugzeug ab, einen einachsigen Doppeldecker mit zwei Offizieren, von denen einer tot, der andere schwer verwundet ist.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Rafioniengegend an der Düna östlich von Friedrichstadt sowie an der Serwetisch- und Schara-Front.

Balkan-Kriegsschauplatz

Nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

Wetterbericht

Don 3. März: Das neblig-trübe Wetter hielt auch gestern in ganz Deutschland an. Niederschläge fielen nur schwache und allgemein in geringen Mengen. Die Windstärke haben abgenommen und auch im Osten ist es wieder milder geworden. — Aussehen für Sonnabend: Nebel-trübes, mildes Wetter, ohne nennenswerte Niederschläge.

Verantwortlich

für den politischen Teil: Dr. W. Heßler; für Redaction, Börsen- und Handelsteil: Dr. G. Heßler; für Gerichts-, Gerichts-, Kongresse und Sport: Dr. Meißner; für Beilagen, Kunst, Wissenschaft und Vermischtes: Dr. Meißner; für den Anzeigenteil: Dr. Kretschmar. Erscheinungen von 10 bis 1 Uhr.

Alle die Schriftleitung betreffenden Zuschriften sind nicht verbindlich, aber an die Geschäftsstelle bzw. den Verlag, sondern ausschließlich an die

Schriftleitung der Anstalten Zeitung in Halle (Saale) zu richten.

Die 4. Kriegsanleihe ist zu zeichnen.

Jeder kann und jeder soll und jeder muß zahlen!

Der unerschütterliche Glauben und Opfermut unserer Väter und Brüder hat die Mut der Feinde, die in unser Vaterland einbrachen und es zu zerschellen drohten, längst getrunken und in erntelosen Zügelzügen in Welt und Ost und Süd weit in Heimbundland zurückgedrängt, und ein Reich errichtet, ein Reich von Weibern, unheimlich und unheimlich, schreit uns Gut und Leben. Herrinnen ist der Erde Inhaberin, ihr Bauen auf ihre erntelosen Flächen, ihre lo beinlich, so kein gewonnenen Anschlag, alles allein zerronnen. Um ihres eigenen Heiliges Erbes wird die nun schon die Sorge. Zunächst auch der tüchtige, teufliche Plan, aus mit Weib und Kind lärmend auszubrennen, gezeichnet an Gottes andiger Erbteile und an des deutschen Volkes einträchtigen, festen, entschlossenen Entschlossenheit. Nicht ist der Hungerzeit durchzuführen.

Und doch noch immer nicht geben die Feinde ihre verlorenen Sache verlieren. Auf das schließliche Verlangen unserer Geldkraft, auf unserer Bankrott rechnen sie; daß unser Geldbeutel doch wird endlich den leeren Boden zeigen müssen, daß ist der Gedanke, an den sie sich in ihrer Willkür und Niederlagen auf allen Fronten noch immer klammern, dabei noch immer in unserer Straße mit ihrer Siegesgewissheit die Welt heilighen. Sie freilich haben für Kriegserlösnis Milliarden ins Ausland werfen müssen, haben dazu mit Unnummern Geschäften ihres Vertriebens führen müssen. Wir haben durch unserer Kassen Sieg und Bundesgenossen zugezogen und haben unser Geld im Lande behalten. Unerschütterlich, noch mit Volkstrait arbeitet unsere Wirtschaftsmacht. Das mit-Soll dem Stande bisher gleich, nicht in gleichen Ausmaß immer wieder in die Tücher aller Herdentrugsfreie zurück. Nicht ärmer sind wir während des Krieges geworden.

Nun ist die 4. Kriegsanleihe zu zeichnen.

Was soll die 4. Kriegsanleihe? Sie soll unsere Lieben da brauchen mit allem Gesehenswerten, versehen, soll ihnen Herz und Sinn und Kraft kühlen, soll unserer Herdentrugsverwaltung reichlich die notwendigen Kriegsmittel gewähren, damit nichts fehle, was zum Siege dien.

Sie soll aber noch viel — viel mehr! Soll etwa ein minderes oder auch nur mögliches Ergebnis dem Feinde seine Hoffnung neubekleben, ihm den Rücken stärken, — unsere Verdorbenen aber den Sieg erschweren, ihr Anstrengungen, Gefahren und Opfer vermehren und verlängern? Nein!

Schlagen soll sie den Feind,

die letzte Säule seiner Hoffnung soll sie ihm zerschmettern, seinen soll sie ihm, daß wir, je länger der Krieg dauert, je mehr Milliarden aus der Erde stampfen, soll ihm und aller Welt mit ungeheuren Zahlen beweisen, daß die auf deutschen Reich, auf deutsche Ordnung und auf deutsche Existenzbedeutung gegründete deutsche Geldkraft nie versagen und niemals verliegen kann. Eine Millionenbillion soll es für uns Tadelmachthebene zu schlagen und einen Millionen zu gewinnen, der wie wichtiger Reuefischlaug dem Feinde auch den letzten Haat zerschmettern, ihn aus seinen Klagen reißt und ihn die harte Wahrheit endlich begreifen und befehlen läßt: Unbesiegbar ist Deutschland!

Wieviel Geld wird noch heute verschafft? Wollen wir mobilisieren, können wir denn überhaupt gewinnen, während Tausende und AberTausende da draußen darben, kämpfen, sterben — für uns?

Heraus mit den silbernen Kugeln, heraus mit all dem Geld, das nur dem Genusse, nicht dem Leben dient! Dem Vaterland gehört es in dieser entscheidungsvollen Stunde.

Und nicht einmal offen sollen wir es, nein, nur fest für den Augenblick es uns entziehen und dem Vaterlande feiden an unserem Seien und dazu zu eigenem, nicht unberührlichem Gewinn.

Jeder muß zahlen, auch der Kleinste, jeder kann zahlen!

Auf hundert Mark lautet das kleinste Stück der Anleihe. Aber auch für den, der keine hundert Mark aufbringen kann, in an vielen Dingen Gelegenheit geschaffen, sich zu beteiligen. Wo es noch nicht gegeben ist, möge man diesem Beispiel folgen! Schulen, besonders eingetragte Zehntelien, Vereinstenmänner, Genossenschaften jeder Art, auch Sparkassen können solche kleinen Einzahlungen entgegen nehmen, sie aufzunehmen und die Summe in Kriegsanleihe anlegen, deren hoher Zinssfuß auf diese Weise den einzelnen Zahlern direkt zugute kommen soll. Ganz in gleicher Weise können Sparvereine, wie sie jetzt schon vielfach bestehen, verbunden, der eine jeder Art können aus ihren Mitgliedern keine Spargenossenschaften bilden; Sparkassen und Sparkassen, die an jedem Ort in großer Zahl vorhanden sind, und von denen viele für irgenbitten gemeinsamen Zweck, einen Ausflug, eine Reise oder dergleichen, aus kleinen Beiträgen, Spielgenüssen u. dgl. ein paar hundert Mark sammeln, können jetzt mit diesen Reichthümern erwerben. Ueberall wird sich ein allen angereicher Weg finden lassen, soweit es sich darum handelt, jedem Beteiligten zu einem angenehmen Zeitpunkt seinen Zins und Kapital zurück zu bekommen zu lassen.

Man wende nicht ein, es handle sich da überall nur um Kleinigkeiten. Bei der dritten Kriegsanleihe haben im ganzen Reich 246000 Schüler höherer Schulen über 31 Millionen Mark aufgebracht. In einzelnen Kreisen, wo die Arbeit besonders tüchtig war, sind überhöchste Erträge erzielt worden. In einem kleinen köstlichen Kreise wurden bei der zweiten Kriegsanleihe über 140000 Mark bei der dritten für 17000 Mark allein durch die Schulen gesammelt. Ein ähnlich gutes Resultat für ganz Deutschland würde an ganz unerwartet hohen Ziffern führen.

Viele Wenig haben noch immer und überall ein Ziel gegeben. Und jetzt werden sie ein richtiges Ziel geben, wenn jeder voll und ganz seine Pflicht tut. Jeder sei sich seiner Mitverantwortung bewußt, keiner zähle, bloß um gezahlt zu haben. Jeder lege sich freiwillig und freudig ein wenig an der Sache an. Die Eltern rufen an, die Lehrer rufen an, die Mütter rufen an, die Väter rufen an, die Frauen in jeder Tätigkeit und künstlich für uns opfern; gegenüber dem Geld aber, vor dem unserer Führer Ehrfurcht und Tatkraft und unserer Weiber Mut und Blut uns bewahrt hat, sind sie nichts, rein gar nichts!

Nicht Almosen leidet die Größe des Siegerpreises, nicht lässiges Spiel, nicht Wohltätigkeitssport, sondern bewußten, kräftigen Verzicht erheischt sie und volles Anspannen der äußersten Kraft im Geben.

Groß gebungert und groß gedankt hat sich in das deutsche Volk. Es wird auch fest sich abfragen können, was Sieg und Größe des Vaterlandes fordert.

Zum Jensein und Mitvollziehen einer großen Zeit ist jetzt jeder Deutsche geweiht. Was wir erdulden und erfreiten, wird es sein für Hunderte von Generationen, Unten aber, was wir heute verdrängen. Gauderbliche Verantwortung trägt jeder!

Ueberall im deutschen Land, von den Alpen bis zum Meer, in Stadt und Land, rüstet sich schon das ganze deutsche Volk in allen Schichten und allen Berufsständen zu dieser Millionenmacht, sammelt im stillen alle Kräfte und holt aus zum ungeheuren Schloß. **Es er mit deutscher Eiderheit und deutscher Wucht, wie Wetterlicht, zerflimmert, vernichtet, entscheidend trifft, dazu steht jetzt jeder aus seinen Mann.**

Dann kann die 4. Kriegsanleihe unsere Siegesanleihe werden.

Wer zahlt was er kann, hilft mit zu Sieg und Frieden!

Wer nicht zahlt, was er entbehren kann, verlängert den Krieg!